



Cross-Asset- und Strategy-Research

# Eine Belastung für unseren Standort

## Der Höhenflug der AfD alarmiert die deutsche Wirtschaft

Diese Woche war ich zu Gast in der frischgebackenen UNESCO-Weltkulturerbe-Stadt Erfurt. Zum ersten Mal seit der Silvesternacht direkt nach dem Mauerfall. Ein Unterschied wie Nacht und Tag. Gratulation an die Erfurter Bürgerinnen und Bürger zur fantastischen Transformation ihrer Stadt! Ich lege Ihnen, liebe Leser, einen Besuch unbedingt ans Herz.

Wenn die UNESCO nicht gerade die Bedeutung von Erfurts jüdisch-mittelalterlichem Erbe würdigt, sind die Schlagzeilen aus Thüringen aber immer weniger erbaulich. Zumeist geht es dann nämlich um die dortige politische Landschaft und den wachsenden Zuspruch für die AfD.

### Die Wirtschaft sorgt sich wegen des Rechtsrucks

Bundesweit kommt die AfD in der aktuellen Sonntagsfrage inzwischen auf 22 Prozent. Sie wäre damit die zweitstärkste politische Kraft im Bundestag. Immer mehr Wirtschaftsvertreterinnen und -vertreter sehen hierin einen möglichen Standortnachteil für die deutsche Wirtschaft.

Sie glauben, ich übertreibe? Dann verweise ich Sie gerne an BDI-Präsident Siegfried [Russwurm](#), der die Reputation des Industriestandorts Deutschland durch die AfD in Gefahr sieht. Oder an den Präsidenten des Maschinenbauverbands VDMA, Karl [Haeusgen](#), nach dessen Meinung die Partei vieles ablehnt, was für unsere Wirtschaft wichtig ist, etwa Zuwanderung oder den Euro. Ähnlich äußerte sich auch Daimler-Truck-Chef Martin [Daum](#) kürzlich.

Es ist sehr ungewöhnlich, dass Wirtschaftskapitäne derart offen parteipolitische Positionen beziehen. Dass sie es dennoch tun, unterstreicht, wie alarmiert viele Unternehmerinnen und Unternehmer mittlerweile sind.

**Dr. Moritz Kraemer**

Chefvolkswirt und Leiter Research

LBBWResearch@LBBW.de

22. September 2023

---

## Die AfD als Standortnachteil – vor allem im Osten

---

### Netto-Direktinvestitionen nach Deutschland (2010-2023, in Mrd. €)



Quelle: LBBW Research, Deutsche Bundesbank. Die Werte geben die Differenz von Investitionen ausländischer Unternehmen in Deutschland und inländischen Unternehmen im Ausland an. 2023 geschätzt auf Basis der Daten des ersten Halbjahres.

## Die AfD als Investorenschreck

Die Wahrscheinlichkeit, dass die AfD trotz hoher Umfragewerte künftig an einer Bundesregierung beteiligt sein könnte, tendiert zwar gegen Null. Trotzdem ist die wachsende Anhängerschaft einer EU-kritischen und auch fremdenfeindlichen Partei für den hiesigen Standort problematisch.

Denn Deutschland ist als Investitionsstandort in den vergangenen Jahren immer weiter zurückgefallen. Dies belegt der Trend bei den ausländischen Direktinvestitionen (siehe Abbildung auf der vorherigen Seite). Immer mehr deutsche Unternehmen investieren im Ausland. Aber auch immer weniger ausländische Firmen investieren hierzulande.

Und wer kann es ihnen verargen? Nicht genug, dass Deutschland an Überbürokratisierung und grassierendem Arbeitskräftemangel leidet. Wenn ausländische Firmen in Deutschland investieren, zumal im Osten, muss sichergestellt werden, dass die damit einhergehende Zuwanderung von Arbeitskräften auf allen Ebenen willkommen ist. Die Bundesregierung hat die Ansiedlung von Halbleiterproduzenten in Magdeburg und Dresden mit Zuschüssen von [15 Milliarden Euro](#) großzügig unterstützt. Es bleibt abzuwarten, ob Intel und TSMC nun auch die notwendigen Fachkräfte in die AfD-Hochburgen locken kann.

Deutschland muss sich die Tradition des politischen Ausgleichs und respektvollen Umgangs mit den politischen Gegnern, aber auch in der Gesellschaft insgesamt, bewahren.

Wir müssen aufpassen, dass dieser Standortvorteil nicht verloren geht.

---

### Disclaimer:

Diese Publikation richtet sich ausschließlich an Empfänger in der EU, Schweiz und in Liechtenstein. Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beachtet nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn / Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt.

Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

**Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.**

Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar.

Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern.

---

## Europahobie und Intoleranz schrecken Investoren ab

---